Demo gegen „Ausgliederungswahn“

Undurchsichtige „Hinterzimmer-Entscheidungen“: Scharfe Arbeitnehmer-Kritik an OB Mende

Gegen die Auslagerung und Privatisierung städtischer Betriebe haben gestern 200 Beschäftigte der Stadtverwaltung demonstriert. Im Zentrum der Kritik stand OB Dirk-Ulrich Mende (SPD), dem ein „problematisches Demokratieverständnis“ vorgeworfen wurde: Durch intransparente „Hinterzimmer-Entscheidungen“ werde die Mitbestimmung des Personalrats ausgehöhlt, hieß es.

Alex Sorokin

„Aktive Mittagspause“: Rund 200 Beschäftigte der Stadtverwaltung haben gestern gegen die Auslagerung und Privatisierung städtischer Betriebe demonstriert.

CELLE. Dicke Luft im Celler Rathaus: „Bei den betrieblichen Diensten brodelt es“, sagte gestern Verdi-Gewerkschaftssekretär Lars Stubbe während einer „aktiven Mittagspause“ am Neuen Rathaus: „Die Beschäftigten werden im Unklaren über ihre Zukunft gehalten. So geht man nicht mit Beschäftigten um – es sei denn, man möchte sie vor vollendete Tatsachen stellen.“ Die Arbeitnehmer befürchten unter anderem die Vergabe der Bauhofleistungen an externe Unternehmen, Überführung und Umorganisation des Fachdienstes Klärwerk und Kanalbetrieb sowie der anderen technischen Betriebe wie Straße, Grün, Beleuchtung und Friedhof in andere Organisations- und Rechtsformen.

Nach Informationen der Gewerkschaft plane der Rat der Stadt „unter Führung“ von Oberbürgermeister Dirk-Ulrich Mende (SPD) kurzfristig die Ausgliederung der betrieblichen Dienste, so Stubbe: „Zwar wurden die Überlegungen jetzt offiziell bestätigt, aber Zeitpunkt, Form und Auswirkungen auf die Beschäftigten sind noch völlig unklar.“ Bislang verfügen weder der Personalrat noch Verdi über genaue Informationen zu den konkreten Plänen, so Landesbezirksfachbereichsleiter Martin Peter: „Hier zeigt sich ein problematisches Demokratieverständnis: Die Mitbestimmung des Personalrats wird ausgehöhlt und die Beschäftigten werden nicht an den anstehenden Prozessen beteiligt.“

Die Hoffnung auf einen „Stilwechsel“, die man seinerzeit mit der Amtsübernahme Mendes verbunden hätte, sei längst verflogen, so Personalratsvorsitzender Ralf Piening: „Egal, welcher Prozess es auch ist: Alles wird im Hinterzimmer abgestimmt und entschieden, ohne jegliche Beteiligung der Mitarbeiter, der Betroffenen und der gewählten Vertretung der Beschäftigten. Ist das der gewünschte Umgangsstil miteinander? Wir hatten etwas Anderes erwartet. Wir fordern eine entsprechende Beteiligung bei den Vorgängen, die uns alle betreffen.“

Von schlechterem Service und steigenden Preisen im Zuge von Privatisierungen würden auch die Bürger als Gebühren- und Steuerzahler betroffen sein, so Piening, der an die Politik appellierte: „Lassen Sie sich nicht die Juwelen aus dem Tresor klauen und stehen dabei und applaudieren noch. Deshalb Finger weg von unseren Betrieben.“ Ausgliederungen machten „wirtschaftlich keinen Sinn“ und sorgten nur für Unmut: „Wir werden jedenfalls weiterhin für unsere Arbeitsplätze kämpfen und fehlender Transparenz, mangelnder Beteiligung und Ausgliederungswahn entgegentreten.“ *Michael Ende*